

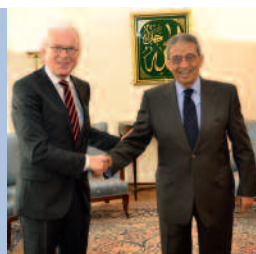
KAS INTERNATIONAL

INFORMATIONEN AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



RECHTSSTAAT:

Auf einer von der KAS mitorganisierten Konferenz in Mom-basa/Kenia diskutierten Experten über Verfassungsänderung und demokratischen Wandel.



EUROPAPOLITIK:

Der Vorsitzende der KAS, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, traf in Kairo mit dem amtierenden Generalsekretär der Arabischen Liga, Amr Moussa, zusammen.



POLITISCHER DIALOG:

Unter Leitung der KAS fand der 5. NATO-Indien-Dialog in Neu Delhi statt, der von über 130 Teilnehmern besucht wurde.



WERTE- UND RELIGIONS-DIALOG:

Auf dem 11. Mühlheimer Nahostgespräch der KAS und der Katholischen Akademie Mühlheim war die Diskussion über Religionsfreiheit im Nahen Osten ein Schwerpunktthema.

INHALT

■ Seite 2

Editorial

■ Seite 3

Schwerpunktthema

■ Seite 4

Medien

■ Seite 6

Rechtsstaat

■ Seite 8

Demokratie und Entwicklung

■ Seite 9

Europapolitik

■ Seite 10

KAS-Panorama

■ Seite 12

Politischer Dialog

■ Seite 15

Wirtschafts- und Sozialordnung

■ Seite 16

Werte- und Religionsdialog

■ Seite 18

Umwelt, Klima und Energie

■ Seite 19

Neuigkeiten aus der Europäischen und Internationalen Zusammenarbeit

■ Seite 20

Neuerscheinungen

FREIE MEDIEN ALS SÄULE DER DEMOKRATIE

Die Medien sind eine Säule der Demokratie, kommt ihnen doch eine Schlüsselrolle zu: Sie informieren, kontrollieren und kritisieren. Durch den Boom der Sozialen Medien ergibt sich nun eine grundlegende Veränderung. Ein großer Teil der sozialen und politischen Kommunikation findet inzwischen über die digitalen Netzwerke statt. Dies haben nicht zuletzt die Ereignisse in Nahost gezeigt. Am Beispiel Asiens diskutierten einige Experten am 24. Januar 2011 in der Konrad-Adenauer-Stiftung in Berlin die Auswirkungen dieser Wandlung.

Prof. Martin Löffelholz von der TU Ilmenau, der Medienrechtler Prof. Peter Schiwy und der Leiter des Medienprogramms Asien der KAS, Paul Linnarz, waren sich einig: Die neuen Formen der Kommunikation schaffen neue Möglichkeiten des Austausches und des Protestes. Allerdings, so Linnarz, bringen soziale Medien eher „private Öffentlichkeiten“ hervor. Hier treten



Zusammen mit dem Inforadio des rbb diskutierten die Podiumsteilnehmer bei der KAS das Verhältnis von Medien und gesellschaftlicher Entwicklung am Beispiel Asien.

bestimmte Gruppen zusammen, die bestimmte Interessen vertreten. Diese „Individualisierung der Kommunikation“, wie Schiwy sie nannte, führt im Ergebnis zu einer sich verändernden gesellschaftlichen Situation. Für Löffelholz liegt genau

Fortsetzung auf Seite 3

LIEBE LESERINNEN UND LESER,



„Unabhängig von der Frage, ob demokratischer Wandel wirklich durch Soziale Netzwerke hervorgerufen werden kann, scheinen die Neuen Medien den Prozess der politischen Meinungsbildung und das Funktionieren der Demokratie nachhaltig zu beeinflussen.“

Die Rolle freier und unabhängiger Medien für das Funktionieren einer Demokratie ist unumstritten. Ohne eine unabhängige Medienlandschaft sowie frei von Zensur und Einschüchterung arbeitende Journalisten kann ein demokratisches System weder entstehen noch überleben.

Umso heftiger werden zurzeit Beschränkungen der Presse- und Meinungsfreiheit diskutiert. Das geplante Medientribunal in Südafrika verursachte Ende 2010 einen Aufschrei in der Zivilgesellschaft, und auch in Ungarn hat das neue Mediengesetz Proteste ausgelöst.

Eine besondere Rolle in der jüngsten Debatte spielen vor allem die so genannten Neuen Medien. Welche Chancen – und Risiken – Twitter, Facebook und Co. im politischen Prozess bieten, zeigte sich jüngst während der Umbrüche im Nahen Osten. So wurde in Ägypten über eine Facebook-Seite eine riesige Protestbewegung in Gang gesetzt, die am 11. Februar mit dem Rücktritt von Staatspräsident Mubarak ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Schon während der Proteste in der Republik Moldau vom April 2009 und den zwei Monate später stattfindenden blutigen Auseinandersetzungen im Iran wurde für dieses neue Massenphänomen der „mobilen Mobilmachung“ der Begriff „Twitter-Revolution“ geboren. Unabhängig von der Frage, ob demokratischer Wandel wirklich durch Soziale Netzwerke hervorgerufen werden kann, scheinen die Neuen Medien den Prozess der politischen Meinungsbildung und das Funktionieren der Demokratie nachhaltig zu beeinflussen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung begleitet und unterstützt den Prozess der politischen Meinungsbildung im Rahmen ihrer Medienförderung. Bereits seit Beginn der Siebziger Jahre setzen wir uns weltweit für eine unabhängige und freie Medienlandschaft ein und betreiben auf allen Kontinenten regionale Medienprogramme. Fragen zu Medienrecht, Medienpolitik und Medienethik, zu Politischer Kommunikation sowie zur Rolle von Journalisten im Meinungsbildungsprozess werden in zahlreichen Veranstaltungen im In- und Ausland aufgegriffen. Die Macht der Medien, die Relevanz sozialer Netzwerke haben nicht zuletzt die Ereignisse in Ägypten gezeigt. Die vorliegende Ausgabe von KAS International widmet sich daher dem Schwerpunkt „Medienfreiheit“.

Ich wünsche Ihnen wie immer eine interessante Lektüre.
Berlin, im April 2011

Gerhard Wahlers
Dr. Gerhard Wahlers

Stellvertretender Generalsekretär der Konrad-Adenauer-Stiftung



IMPRESSUM

Herausgeber

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.
Europäische und
Internationale Zusammenarbeit
Klingelhöferstraße 23
D-10907 Berlin

Verantwortlich

Dr. Gerhard Wahlers

Redaktionsteam

■ Dr. Helmut Reifeld
(Gesamtkoordination)
■ Silke David
■ Valentin Pitz

■ Dr. Céline Caro
(Europapolitik)
■ Christian Hübner
(Umwelt, Klima und Energie)
■ Dr. Patrick Keller
(Politischer Dialog)
■ Dr. Michael Lange
(Demokratie und Entwicklung)
■ Dr. Helmut Reifeld
(Werte- und Religionsdialog)
■ Dr. Stefanie Ricarda Roos
(Rechtsstaat)
■ Julia Steffenfauseweh/
Angelika Klein
(Medien)
■ Susanna Vogt
(Wirtschafts-
und Sozialordnung)

Kontakt über:

Vorname.Nachname@
kas.de

Gestaltung

SWITSCH
KommunikationsDesign,
Köln

Fotos

KAS, fotolia.com (Hintergrund-
motive Seite 3, 4, 8, 15, 18)

© 2011

Konrad-Adenauer-Stiftung e. V.





Der Leiter des Medienprogramms Subsahara-Afrika, Markus Brauckmann, die Internet-Rechtsexpertin Pria Chetty, der Moderator William Bird, der Karikaturist Jonathon Shapiro und der Online-Chef des Mail&Guardian, Chris Roper, diskutierten im Rahmen des „Critical Thinking Forum“ in Johannesburg (siehe Beitrag unten).

SCHWERPUNKTTHEMA

FREIE MEDIEN ALS SÄULE DER DEMOKRATIE

Fortsetzung
von Seite 1 ►

hierin der Erfolg der Sozialen Medien in Asien: „Sie bilden die infrastrukturelle Basis für die kollektive Orientierung der Asiaten“. Welches Potenzial hierin steckt, zeigte sich 1996 in Malaysia, wo ein „digital corridor“ entwickelt wurde, der das Land zu einem Drehkreuz der Internettechnologie machen sollte. Anders als die klassischen Medien gaben die Machthaber das Netz frei – und öffneten damit ungewollt ein Ventil für die Opposition. Binnen kurzer Zeit entstanden 7000 Blogs und Meinungsseiten weitestgehend unbeachtet von der Regierung, aber mit einem enormen Einfluss auf die Wählerschaft. Schlussendlich verlor die bis dato seit 50 Jahren regierende Partei Nationale Front 2008 ihre Zwei-Drittel-Mehrheit im Parlament.

Der Boom der Sozialen Netzwerke in Asien ist beeindruckend: Alleine Facebook ist auf den Philippinen um

4700 Prozent in den letzten zwei Jahren gewachsen, in Indien ist das Plus mit „nur“ 1000 Prozent immer noch sehr beachtlich. Und dennoch, so Löffelholz, hat das Gros der Menschen in Asien nichts mit den virtuellen Netzwerken zu tun. Die Analphabetisierungsquote sei hoch, gerade in ländlichen Regionen hätten viele keinen oder nur eingeschränkten Zugang zum Netz. Den Hauptgrund, warum Überraschungen wie in Malaysia zukünftig wohl seltener werden, nannte Schiwy: „Die Machthaber haben sich auf das neue Medium eingestellt“. Schon heute würden zigtausende Internetseiten blockiert oder gefiltert. Tendenz steigend. Trotzdem werden das Internet und die Sozialen Medien nicht aufzuhalten sein. Löffelholz: „Politik und Wirtschaft brauchen schlichtweg das Internet, ist es doch mittlerweile basale Infrastruktur für jede Volkswirtschaft. Hierdurch entsteht eine Ambivalenz für die, die politische Kontrolle ausüben.“



Netzpolitik aus internationaler Perspektive – Länderberichte aus den USA, Großbritannien, Spanien, Polen, Indien und Korea

Diese Publikation präsentiert aktuelle netzpolitische Entscheidungen in verschiedenen Staaten. Neben den juristischen Bedingungen für Betrieb und Nutzung, Urheberrecht und Datensicherheit geht es ebenso um den Schutz von Persönlichkeitsrechten und Kriminalitätsbekämpfung.

DER KAMPF UM DAS INTERNET: POTENZIAL UND GEFAHREN

Das Thema beherrschte in den letzten Monaten die Titelseiten der internationalen Presse: Der Kampf um das Internet. Mit einer hochkarätig besetzten Podiumsdiskussion in Johannesburg widmete sich das KAS Medienprogramm Subsahara-Afrika gemeinsam mit der angesehenen Wochenzeitung Mail&Guardian diesem brisanten Thema.

„Wer ist denn nun im wilden, wilden Web der Sheriff?“, brachte Moderator William Bird die Leitfrage des Abends auf den Punkt. Die folgende Debatte ergab für die gesamte Einsatzregion neue Denkanstöße. Längst verzeichnet das Internet auf dem Kontinent atemberaubende Zuwachsraten und verändert nachhaltig den Kommunikationsprozess. Die Positionen der prominenten Teilnehmer spiegelten die Themenvielfalt wider, die sich aus dieser Entwicklung ergibt. So bezeichnete Chris Roper, Chefredakteur des Mail&Guardian Online, das Internet als „das nächste Schlachtfeld“ der Demokratisierung. Mit Blick auf Ägypten gab er seinem späteren Artikel über die Diskussion die Überschrift: „Twitter wird Afrika retten“.

Einen Einblick in die Gefahren und Risiken gab dagegen Jonathan Zapiro, legendärer Karikaturist und Advokat der Pressefreiheit. Er hatte einige seiner ANC- und regierungskritischen Karikaturen mitgebracht und demonstrierte dem Publikum, wie seine Werke auf rassistischen Webseiten gegen seinen Willen eingebunden werden: „Wer schützt uns Demokraten vor solchen Verstößen?“

Dass das wilde Web bisweilen gezähmt werden kann, bewies die Rechtsexpertin Pria Chetty. Sie nannte als konkretes Beispiel die Vergabe von Domains durch ein unabhängiges Gremium: „Aber es scheint mir trotzdem illusorisch, dass wir alle Regelverstöße im Web kontrollieren und ausmerzen können.“ Die vielen Beiträge des Publikums gaben der Debatte weitere Nahrung und unterstrichen ihre Bedeutung. „Wir haben neue Fragen aufgeworfen“, sagte Markus Brauckmann, Leiter des Medienprogramms Subsahara-Afrika, „und das ist richtig so. Die Diskussion muss weitergehen und wir werden dabei nachhaltig helfen.“ Die Highlights der Debatte hat das KAS Medienprogramm Subsahara-Afrika erstmals in einem Video zusammengestellt: www.kas.de/mediaafrica.



Der Parlamentspräsident der Republik Ungarn, Dr. László Kövér, eröffnete das IV. South East Europe Media Forum.

INFORMATIONSFREIHEIT IN SÜDOSTEUROPA

IV. SOUTH EAST EUROPE MEDIA FORUM

Rund 150 Chefredakteure, Verleger, Journalisten und Medienexperten kamen Anfang Dezember 2010 zum vierten South East Europe Media Forum (SEEMF) nach Budapest. Die Eröffnungsrede hielt der Parlamentspräsident der Republik Ungarn, Dr. László Kövér. Die diesjährige Medienkonferenz widmete sich dem Thema Informationsfreiheit. In allen Ländern Südosteuropas ist das Recht auf Informationszugang verankert, dennoch fehlt häufig das Bewusstsein für seine Anwendung. Das gilt für die Medien, aber auch für Behörden und Regierungsinstitutionen. Das Prinzip der Geheimhaltung und Amtsverschwiegenheit ist nach wie vor verbreitet.

In insgesamt sechs Panels wurde über das Informationszugangsrecht als Instrument des investigativen

Journalismus sowie über regionale und internationale Erfahrungen diskutiert. Auch die Problematik der Eigentümer- und Kapitaltransparenz im Medienbereich sowie der Zugang zu den Archiven der ehemaligen kommunistischen Geheimdienste wurde erörtert. Das South East Europe Media Forum (SEEMF) hat sich in den letzten Jahren zu einer der größten Medienveranstaltungen in Südosteuropa entwickelt. Vor allem dient es dem Austausch und der Netzbildung von Medienschaffenden in der Region. Das Treffen in Budapest war das vierte Medienforum nach den Tagungen in Zagreb (2007), Sofia (2008) und Tirana (2009). Veranstaltet wird die international besetzte Konferenz vom Medienprogramm Südosteuropa der KAS gemeinsam mit der WAZ-Mediengruppe sowie der South East Europe Media Organisation (SEEMO).

CYBERPOLITICS:

NEUE INFORMELLE FORMEN POLITISCHER OPPOSITION IN ÄGYPTEN



Eine ägyptische Aktivistin erklärt Strategien politischer Vernetzung im Internet.

Eine Facebook-Seite hat in Ägypten eine Protestbewegung ausgelöst, die am 11. Februar 2011 mit dem Rücktritt von Staatspräsident Mubarak ihren vorläufigen Höhepunkt fand. Schon im Dezember hatte das Auslandsbüro der KAS in Ägypten junge Internet-Aktivistinnen zum Erfahrungsaustausch eingeladen. Konkret ging

es auf dem zweitägigen Workshop um die virtuelle Verbreitung politischer Ideen und die Organisation von politischem Protest durch Soziale Netzwerke wie Facebook und Twitter. Viele Teilnehmer des damaligen Workshops spielten bei der Vorbereitung und Durchführung der ägyptischen Internet-Revolution gut einen Monat später eine wichtige Rolle.

PRESSEFREIHEIT IN UGANDA:

JOURNALISTEN VERABSCHIEDEN „KAMPALA-DEKLARATION“

In einer gemeinsamen Deklaration haben ugandische Journalisten und Menschenrechtsaktivisten ihre Sorge über den Stand der Menschenrechte und der Pressefreiheit in Uganda zum Ausdruck gebracht. Sie formulierten im Dezember 2010 Empfehlungen und Forderungen an die Politik sowie an die Medienbranche. Erarbeitet wurde die Deklaration während eines von der KAS in Kooperation mit der ugandischen Partnerorganisation UMDF durchgeführten und von der GIZ geförderten Workshops zum Thema „Journalisten als Träger und Förderer von Menschenrechten“. Bei einer Dialogveranstaltung zum gleichen Thema wurde die Deklaration unter Anwesenheit der ugandischen Informationsministerin der Öffentlichkeit vorgestellt. Neben Forderungen an Regierung, Parlament und Justiz nach mehr Achtung der Freiheit und Unabhängigkeit der Medien empfiehlt die Deklaration wichtige Strategien zur Verbesserung professioneller und ethischer Standards in der Medienarbeit in Uganda.



Am Rande der Dialogveranstaltung stellte sich die ugandische Informationsministerin Matsiko Kabakumba den kritischen Fragen der anwesenden Presse.



Auftakt einer langfristigen Zusammenarbeit: In Abu Dhabi hat ein neues Förderprogramm für emiratische Nachwuchsjournalisten begonnen.

MEDIEN ■

KÜNFTIGE MEINUNGSMACHER ANSPRECHEN

AUSBILDUNGSPROGRAMM FÜR EMIRATISCHE NACHWUCHSJOURNALISTEN GESTARTET

Mit zwei Basisseminaren zur journalistischen Arbeitsweise startete zum Jahreswechsel das neue Förderprogramm für emiratische Nachwuchsjournalisten in Abu Dhabi. Aus den Teilnehmern dieser Grundlagenkurse wählten die KAS und ihr Partner National Media Council (NMC) die besten Jungjournalisten für ein umfangreiches Fortbildungsprogramm aus, das sich an der Journalistischen Nachwuchsförderung (JONA) der KAS orientiert. Als Höhepunkte des laufenden Jahres stehen Wirtschaftsjournalismus (im März 2011) sowie ein interkulturelles Crossmedia-Seminar im Oktober auf dem Programm.

Die aufeinander aufbauenden Kurse geben angehenden Journalisten aus den Vereinigten Arabischen

Emiraten (VAE) die Möglichkeit, Zusatzqualifikationen zu erwerben. Alle Seminare werden von einem deutschen und einem arabischen Medientrainer betreut, was den Kursen einen zusätzlichen interkulturellen Aspekt verleiht. Daneben steht die Vermittlung professioneller journalistischer Arbeit im Mittelpunkt. Auf diese Weise will das Regionalprogramm Golf-Staaten der künftigen Elite in den Medien der Region eine Kombination aus fachlicher Ausbildung und dem „Blick über den Tellerrand“ ermöglichen.

Zudem hat die KAS mit dem National Media Council in Abu Dhabi Ende 2010 eine Absichtserklärung über ein gemeinsames Ausbildungsprogramm für Nachwuchsjournalisten aus den VAE unterzeichnet.

+ + + KURZMELDUNGEN + + +

Zukunft der Kommunikation und Information in Lateinamerika

Im Rahmen der Jahresversammlung des interamerikanischen Verlegerverbandes SIP/IAPA fand in Mérida, Mexiko, am 6. November 2010 das vom Medienprogramm Lateinamerika organisierte Forum „Zukunft der Kommunikation und Information in Lateinamerika“ statt. Führende Akademiker der Region diskutierten über die Herausforderungen in der akademischen Ausbildung von Journalisten.

Medienfreiheit braucht klare Regeln

Mit Blick hierauf veranstaltete das Medienprogramm Lateinamerika am 16. November 2010 eine Konferenz in der brasilianischen Hauptstadt. Am Beispiel des dualen Rundfunksystems in Deutschland wurden Regulierungsmechanismen und -institutionen dargestellt sowie über deren Zweck und Ziel, Struktur und Finanzierung diskutiert.

„IN MOSAMBIK IST ALLES EIN STAATSGEHEIMNIS“

Zur Situation der Medien in Mosambik diskutierten Medienexperten Ende November während einer von der KAS in Kooperation mit CEPKA (Centro de Pesquisa Konrad Adenauer) durchgeführten Veranstaltung an der Katholischen Universität in Nampula. Eines der Hauptthemen war das mosambikanische Gesetz über das Staatsgeheimnis von 1979, das heute noch den uneingeschränkten Zugang zu Informationen verhindert. Der Journalist und ehemalige Präsident des MISA (Media Institute of Southern Africa), Dr. Tomas Vieira Mário, betonte: „In Mosambik ist alles ein Staatsgeheimnis. Minister, Gouverneure, fast jeder nutzt das Gesetz als Instrument, um Informationen zurückzuhalten.“ Dies widerspreche dem Grundrecht auf Information.



Am Rande des Medienkonferenz in Nampula führten die anwesenden Journalisten zahlreiche Interviews mit den Panel-Teilnehmern.



Die Konrad-Adenauer-Stiftung setzt sich weltweit für eine freie Medienlandschaft, für unabhängigen Qualitätsjournalismus sowie für eine werteorientierte Politische Kommunikation ein. Von der Journalistenförderung im Senegal über Kommunikations-Workshops in Argentinien und Diskussionsrunden zu aktuellen Medienrechtsfragen in Südosteuropa bis hin zur Rolle der Sozialen Medien in Asien: Die Themen der Maßnahmen sind breit gestreut und stets von aktueller Bedeutung. Die neue Broschüre „Gut informiert – verantwortungsvoll handeln“ gibt anhand ausgewählter Beispiele und detaillierter Hintergrundinformationen einen Überblick über die Projekte und Programme der Stiftung im Bereich der Medien und der Politischen Kommunikation.

Demokratie und Rechtsstaatlichkeit gehören zu den zentralen Zielen der internationalen Stiftungsarbeit.

■ RECHTSSTAAT



JURISTENAUSBILDUNG IN LATEINAMERIKA

DER RECHTSSTAAT BRAUCHT JURISTEN, DIE FÄLLE IM LICHT DER GRUNDRECHTE LÖSEN

Eine theorielastige Juristenausbildung ist zwar kein „Alleinstellungsmerkmal“ lateinamerikanischer Rechtsfakultäten. Der Mangel an einem praxisorientierten Unterricht trägt in vielen lateinamerikanischen Ländern aber in besonderem Maße dazu bei, dass die Kluft zwischen Rechtsanspruch und -wirklichkeit und damit auch das mangelnde Vertrauen der Bürger in Recht und Justiz weiter wächst. Denn die meisten Rechtsfakultäten bereiten ihre Studierenden auf die Lösung konkreter Fälle im rechtsstaatlichen Sinne nicht vor. Dies gilt insbesondere für die Anwendung einfachen Gesetzesrechts im Lichte nationaler oder internationaler Grundrechtsnormen.

Die Konrad-Adenauer-Stiftung möchte mit ihrem Rechtsstaatsprogramm zur Verbesserung dieser Situation beitragen: Mit einer von der KAS ins Leben gerufenen lateinamerikanischen Expertengruppe für Verwaltungsrecht entwickelt es Programme für eine praxisnahe Juristenausbildung. Ziel ist es, der Fallmethode in der Juristenausbildung den Weg zu bereiten und Nachwuchsjuristen für die Bedeutung der Grundrechte in der Rechtspraxis zu sensibilisieren.

Zur Erprobung der ersten Ausbildungseinheiten führte das Rechtsstaatsprogramm/Teil Lateinamerika (Mexiko) am 24. November 2010 an der staatlichen

Universität Centro de Investigaciones y Docencia Económicas in Mexiko-Stadt einen Universitätswettbewerb zum Thema „Verwaltungsrecht im Lichte der Grundrechte“ durch. An ihm nahmen Studierende dreier namhafter Universitäten der mexikanischen Hauptstadt teil. Betreut wurden die Studenten von der Expertengruppe unter Mitwirkung von Universitätsprofessoren sowie einem Verfassungsrichter und einem Rechtsanwalt aus Argentinien, Costa Rica, Deutschland und Uruguay. Zu verwaltungsrechtlichen Sachverhalten mit menschenrechtlicher Dimension aus verschiedenen Ländern Lateinamerikas mussten die Studenten innerhalb kurzer Zeit Lösungsvorschläge entwickeln, diese einer Jury vorstellen und vor dieser verteidigen.

Der Wettbewerb war Teil einer einwöchigen Veranstaltungsreihe der Expertengruppe in Mexiko, in der ein Schlüsselthema für den Rechtsstaat in Lateinamerika behandelt wurde: Die Pflicht des Richters, einfaches Gesetzesrecht im Lichte grundrechtlicher Standards nationaler Verfassungen bzw. der Interamerikanischen Menschenrechtskonvention anzuwenden und auszulegen. Der Interamerikanische Gerichtshof für Menschenrechte und dessen Rechtsprechung sind dabei von besonderer Bedeutung. Mit seinen Fortbildungsveranstaltungen möchte das Rechtsstaatsprogramm auch zu einem besseren Verständnis dieser Rechtsprechung beitragen.

Juristenausbildung praktisch: Unter Betreuung von Dr. Augusto Durán (Uruguay, r. im Vordergrund) bereitet eine Gruppe von Studierenden an der Universität Centro de Investigaciones y Docencia Económicas (CIDE), Mexiko-Stadt, ihr Schlussplädoyer für den Universitätswettbewerb „Verwaltungsrecht im Lichte der Grundrechte“ vor.



1. ALTSTIPENDIATENTREFFEN VON JURISTEN AUS ASIEN

Das Rechtsstaatsprogramm/Teil Asien feierte am 6. Dezember 2010 eine Premiere: Fast 30 ehemalige Stipendiaten der KAS, die Juristen sind, trafen sich in Singapur zum ersten Altstipendiatentreffen – Fachbereich Jura. Die heutigen Rechtsprofessoren, Richter, Anwälte, Notare und höheren Regierungsbeamten kamen aus China, Japan, Kambodscha, Korea und Vietnam, um über aktuelle Entwicklungen des Verfassungsrechts ihrer Länder zu diskutieren. An dem Treffen nahm auch Professor Jürgen Bröhmer von der australischen University of New England teil, der über deutsche und europäische Verfassungsfragen sprach.

Beim abendlichen Empfang mit weiteren Gästen aus Justiz, Wissenschaft und Medien Singapurs stellte das Rechtsstaatsprogramm/Teil Asien seine neue Publikation vor – eine Sammlung von mehr als 50 wegweisenden Urteilen des Bundesverfassungsgerichts zu den Grundrechten, die das Rechtsstaatsprogramm ins Englische übersetzen ließ.



Der ständige Vertreter des deutschen Botschafters in Singapur, Jens Janik, würdigte in seinem Grußwort die ausgleichende Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts besonders im Hinblick auf die Grundrechte als ein wesentliches Element unserer stabilen Gesellschaftsordnung.



Die Teilnehmer der Konferenz

VERFASSUNGS- KONFERENZ IN KENIA

Vom 30. November bis zum 3. Dezember 2010 veranstaltete das KAS Rechtsstaatsprogramm/Teil Subsahara-Afrika mit der International Commission of Jurists (ICJ) Kenia in Mombasa (Kenia) eine Verfassungskonferenz mit dem Titel „Änderung der Verfassung, demokratischer Wandel und die Rolle der Judikative bei der Reform des Staates: Fragen und Erkenntnisse für Kenia“.

Kurz nach der Verabschiedung der neuen Verfassung in Kenia versuchte diese Konferenz, die Rolle der Juristen, insbesondere der Judikative, bei der Umsetzung der neuen Verfassung herauszuarbeiten, um Grundlagen für die Verwirklichung des Rechtsstaats und eine verfassungsgemäße Regierung in Kenia zu schaffen.

Die Konferenz brachte Vertreter aus der Regierung, dem Parlament, der Judikative, der Rechtsanwaltschaft, von Kooperationspartnern der KAS und der Zivilgesellschaft zusammen, die aus Kenia, Südafrika, Uganda, den USA und von den Seychellen angereist waren. Unter den Hauptvortragenden während dieser Veranstaltung waren Kenneth Marende, Sprecher der kenianischen Nationalversammlung, J.B. Ojwang', Richter am Obersten Gericht in Mombasa, William Cheptumo, stellvertretender Minister für Justiz, nationalen Zusammenhalt und Verfassungsangelegenheiten der Republik Kenia, Yvonne Mokgoro, ehemalige Richterin am Verfassungsgericht Südafrika und Vorsitzende der südafrikanischen Kommission für Gesetzesreformen, Prof. Kivutha Kibwana, Sonderberater des kenianischen Präsidenten für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Isaac Lenaola, Vorsitzender der kenianischen Magistrats- und Richtervereinigung, sowie Fred Ochieng', Präsident der ostafrikanischen Magistrats- und Richtervereinigung.

RECHT IN AUSSICHT

DISKUSSIONEN UM DIE PALÄSTINENSISCHE RECHTSREFORM



Bei der Eröffnung der internationalen Konferenz zum Thema Legislativreform waren u.a. Prof. Dr. Khalil Hindi, Präsident der Universität Birzeit, und Justizminister Dr. Ali Khashan anwesend.

Am 1. und 2. November 2010 trafen sich palästinensische und internationale Experten in der Birzeit-Universität, um die Entwicklung des Rechtssystems in den palästinensischen Gebieten zu diskutieren. Ziel der Konferenz war es, den Grundstein für eine Debatte zu legen, welche sich um die Natur der gewünschten Rechtsreform dreht und dabei die aktuellen internationalen Entwicklungen berücksichtigt. Der Konferenz wohnten

über 100 Besucher bei, welche einer lebendigen Diskussion folgen konnten. Während mehrerer Panelsitzungen wurde eine Vielzahl von Meinungen und professionellen Ratschlägen präsentiert, die die Reform des palästinensischen Rechtssystems betrafen. Im Vordergrund stand dabei die Notwendigkeit der Einbeziehung der Zivilgesellschaft in die Sicherung der Grundrechte sowie die Professionalisierung der zuständigen palästinensischen Ministerien.

MOSAMBIK

KAS STARTET EU-KOFINANZIERTES PROJEKT ZUR WAHLRECHTSREFORM

Im Dezember 2010 begann die Konrad-Adenauer-Stiftung mit den Partnern CEDE und CEPKA ein zweijähriges, von der EU kofinanziertes Projekt zur Wahlrechtsreform in Mosambik. Der Vorsitzende der Parlamentskommission, Alfredo Gamito, betonte bei der öffentlichen Vorstellung des Projekts im Dezember die Bedeutung der Initiative, die den Reformprozess bereichere und ihm Legitimität verleihe.



Nach Erarbeitung eines Reformvorschlags zur aktuellen Gesetzeslage wird dieser im Laufe des Jahres 2011 in den Provinzen mit Parteien und Vertretern zivilgesellschaftlicher Organisationen diskutiert. Die Anregungen aus diesen Workshops werden in ein abschließendes Dokument einfließen, das veröffentlicht und der zuständigen Parlamentskommission zur Verfügung gestellt wird.



Frederik Willem de Klerk, ehemaliger südafrikanischer Staatspräsident, und Dr. Werner Böhler, Leiter des Auslandsbüros der KAS in Südafrika

WAS UNS VERBINDET – „NATION-BUILDING“ IN SÜDAFRIKA

„The Things that Unite Us“ lautete der Titel einer Konferenz, die die FW de Klerk Foundation in Kooperation mit der KAS am 2. Februar 2011 in Kapstadt organisiert hat.

Das Datum der Konferenz war nicht zufällig gewählt, es erinnerte an die Rede des früheren Staatspräsidenten Frederik Willem de Klerk vor dem südafrikanischen Parlament am 2. Februar 1990, die Südafrikas demokratischen Wandel einleitete.

Die Konferenz war Auftakt einer Veranstaltungsreihe, die sich zum Ziel setzt, regelmäßig aktuelle Themen zur Entwicklung der südafrikanischen Verfassung und der Nationalen Einheit zur Diskussion zu stellen. In seiner Eröffnungsrede hob de Klerk die Rolle der Verfassung als grundlegendes Dokument des erfolgreichen „Nation-Building“-

Prozesses hervor. Prinz Mangosuthu Buthelezi, Vorsitzender der Inkatha Freedom Party, erinnerte in seinem Vortrag daran, dass es zur Stiftung einer gemeinsamen nationalen Identität vor allem notwendig sei, die weiterhin herrschende Armut und extreme soziale Ungleichheit zu überwinden.

Danach wurden von weiteren prominenten Rednern, darunter Morne Du Plessis, früherer Springbok Rugbyspieler, Thabo Makgoba, anglikanischer Erzbischof, Kevin Chaplin, Gründer der South African Ubuntu Foundation, und Temba Nolutshungu, Direktor der Free Market Foundation, weitere wichtige Faktoren behandelt, die soziale Kohäsion fördern und zur Herausbildung einer neuen nationalen Identität beitragen können, wie beispielsweise Sport, Religion, ökonomische Interdependenz oder das Konzept „Ubuntu“.

PARLAMENTSSIMULATION:

WEGE ZUR POLITISCHEN BETEILIGUNG JUNGER MENSCHEN

Das Auslandsbüro der KAS im Senegal organisierte am 20. und 21. Januar 2011 in Dindefelo in der Region Kedougou eine Parlamentssimulation mit Studenten und lokalen Entscheidungsträgern. Ziel der Simulation war es, junge Menschen die Komplexität politischer Entscheidungsprozesse erleben zu lassen. Die Teilnehmer kamen aus mehreren Städten und Gemeinden und wurden während dieser Simulation zu „Parlamentariern“, die über ein Gesetzesvorhaben diskutierten und abstimmten. Die Veranstaltung diente der Meinungsbildung und dem Erlernen demokratischer Prozesse.



UNTERNEHMERINNEN-SEMINAR:

FRAUEN AUF DEM WEG NACH OBEN

Mit ihren israelischen Partnerorganisationen Jasmin und CJAED führt die KAS jährlich eine nationale Geschäftsfrauenkonferenz durch. Ziel dieser Maßnahme ist es, wirtschaftlich interessierte Frauen zusammenzuführen, sie zu ermutigen, eigene Unternehmen zu gründen und sie dabei zu unterstützen, diese weiterzuentwickeln. Die im November 2010 in Herzliya durchgeführte Konferenz stand unter dem Motto „Women on the Way to the Top“ und konzentrierte sich auf Probleme und Herausforderungen, denen sich jüdische und arabische Unternehmensgründerinnen in der israelischen Wirtschaft gegenübersehen. Die Teilnehmerinnen erhielten beratende Hinweise zur Herbeiführung wirtschaftlicher Kontakte, zur Vernetzung mit größeren Unternehmen und zu neuartigen Marketingmethoden. Neben der gestiegenen Teilnehmerinnen-Anzahl von über 350 belegt besonders die hochrangige Besetzung der diesjährigen Konferenz ihren wachsenden Stellenwert innerhalb der israelischen Wirtschaft: Prominente Teilnehmer waren die Oppositionsführerin Tzipi Livni, der Minister für Industrie und Handel, Benjamin Ben Eliezer, und der Minister für Minderheitenangelegenheiten, Avishai Braverman. Moderiert wurde die Konferenz von einer Reporterin des arabischen Programms innerhalb des israelischen Rundfunks Kol Israel.



Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP sprach in Kairo mit dem amtierenden Generalsekretär der Arabischen Liga und Präsidentschaftskandidaten Amr Moussa.

PÖTTERING BESUCHT DAS NEUE ÄGYPTEN

Am 5. und 6. März hielt sich der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Präsident des Europäischen Parlaments a.D., zu Gesprächen mit Aktivisten, Vertretern der Übergangsregierung und anderen Akteuren des Umbruchs in der ägyptischen Hauptstadt Kairo auf.

In einem Gedankenaustausch mit dem bisherigen Generalsekretär der Arabischen Liga und möglichen neuen Präsidenten Ägyptens, Amr Moussa, sprach Pöttering die Rolle politischer Stiftungen im Bereich der Demokratieförderung an. Moussa erklärte, die Angebote seien hochwillkommen, wenn sie nicht von

oben auferlegt würden. Von Ressentiments gegen europäische Unterstützer war bei Pötterings Gesprächen in Kairo wenig zu spüren. „Ich bin auf dem Tahrir-Platz sehr herzlich empfangen worden und war beeindruckt von der Offenheit und dem Optimismus der Menschen, ein unvergessliches Erlebnis, das zuversichtlich stimmt.“

Bei der Umsetzung der Revolutionsziele könnten Deutschland und Europa, so Hans-Gert Pöttering, nicht nur mit Geld helfen, sondern vor allem mit Ideen. Die politischen Stiftungen der christlichen Parteien könnten zudem einen Weg aufzeigen, wie sich religiöser Wertebezug mit einer modernen demokratischen Partei vereinbaren lässt.

UMBRUCH IM NAHEN OSTEN

HERAUSFORDERUNGEN FÜR DEUTSCHLAND UND DIE EU

Im Rahmen des Gesprächskreises Europapolitik der KAS diskutierten am 22. Februar 2011 Experten aus Politik und Wissenschaft in Berlin über die Veränderungen in Nordafrika und dem Nahen Osten sowie deren Implikationen und Herausforderungen für Deutschland und die EU. Der Beauftragte für Nah- und Mittelostpolitik und Maghreb im Auswärtigen Amt, Botschafter Andreas Michaelis, stellte die gemeinsame Ursache der Umbrüche in Nordafrika heraus: „Herrscher mit einem Minimum an Erdung treffen dort auf großen Veränderungswillen im Volk.“

In besonderem Fokus der Gesprächsrunde stand die Frage, mit welchen Problemen und Aufgaben die Region selbst, aber auch Deutschland und die EU nun konfrontiert sind. Michaelis und der Leiter des Regionalprogramms Politischer Dialog Maghreb der KAS, Thomas Schiller, forderten stärkere Maßnahmen der EU zur Stabilisierung der politischen Lage in den jeweiligen Ländern. Mit Finanzhilfen aus Deutschland und der EU müssten die betroffenen Länder beim Aufbau demokratischer Systeme unterstützt werden, denn die realistischen Aussichten auf tatsächliche Regimewechsel schätzten die Gesprächsteilnehmer sonst durchaus kritisch ein. Dr. Sigrid Faath, Associate Fellow bei der DGAP, wies auf die zukünftige Rolle des Militärs in Ägypten und die regional vorherrschende Personalisierung politischer Macht hin. Beim demokratischen Aufbau, so Faath, könnten aber die deutschen politischen Stiftungen eine wichtige Rolle spielen, die mit bereits gut entwickelten Netzwerken vor Ort in der Lage wären, langfristig positive Entwicklungen anzustoßen.

Botschafter Andreas Michaelis erklärte, ein tatsächlicher Machtwechsel habe im Nahen Osten noch nicht stattgefunden.



„ERLEBNISRAUM EUROPA“

Gemeinsam mit der Universität Lettlands und dem estnischen Jaan Tõnissoni Institut hat das Auslandsbüro der KAS Baltische Länder ein Lehrerhandbuch mit dem Titel „Erlebnisraum Europa“ für den europapolitischen Unterricht entworfen, das zeigen soll, wie das Thema „Europa“ Schülern auf interaktive und reflektierte Weise vermittelt werden kann.

Nachdem zwanzig Europaexperten und Fachlehrer aus Deutschland, Estland und Lettland über zehn Monate an dem vom Auslandsbüro der KAS in Riga initiierten Projekt gearbeitet hatten, konnte die lettische Bildungsministerin, Frau Prof. Tatjana Kože, im August 2010 das Ergebnis der Presse präsentieren.

Ausgewählte Veranstaltungen

KAS-PANORAMA

LATEINAMERIKA

4 Mindestlohn, Armut und gesellschaftliche Ungleichheit

Forum

San José, 13. April 2011

12 3. Seminar des Forschungsnetzwerkes „Bildung und Gewerkschaften“

Seminar

Rio de Janeiro, 18.-20. April 2011

12 Die Rolle der Christen bei der Konsolidierung der Demokratie in Lateinamerika

Seminar

Asunción, 26.-29. April 2011

2 Migration in Zentralamerika

Vorstellung der neuen Ausgabe der Publikationsreihe Análisis Político – Buchpräsentation
Guatemala, 17. Mai 2011

4 Das erste Jahr der Regierung Chinchilla

Forum

San José, 1. Juni 2011

12 18. Forum Brasilien-Europa: Brasilien und die Europäische Union in der aktuellen globalen Ordnung

Forum

Brasília, 15.-16. Juni 2011

EUROPA UND NORDAMERIKA

16 Vortragsveranstaltung „Europe: Where is the passion?“ mit Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP

KAS und London School of Economics

London, 5. Mai 2011

39 Friede statt Mauern. Gedenken an den Bau der Deutschen Mauer vor 50 Jahren

Ausstellung

Tiflis, 16. Mai 2011

21 Brücken bauen in Europa. Literatur, Werte und Europäische Identität

Konferenz

Tallinn, 16.-19. Mai 2011

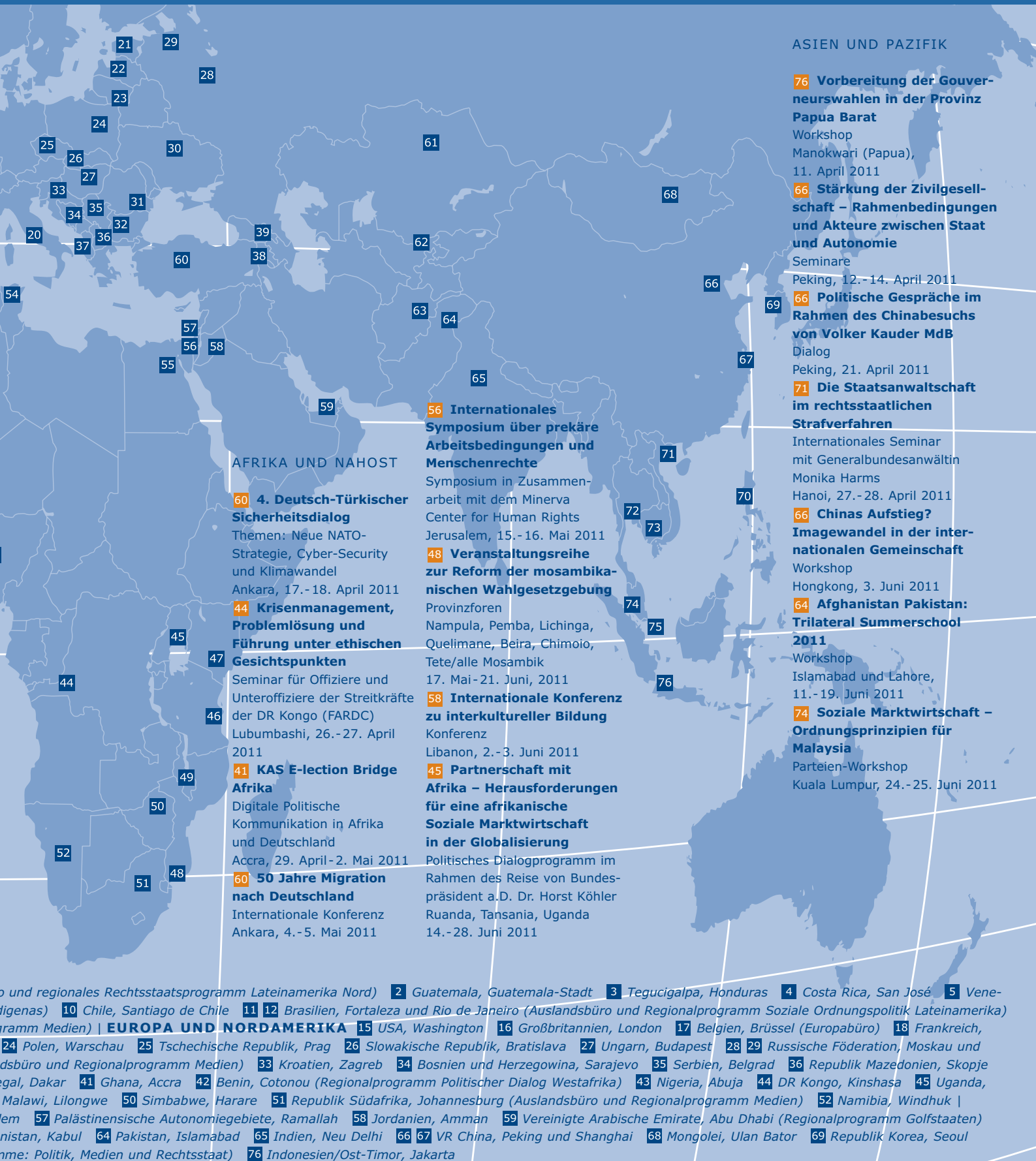
24 Polens EU-Ratspräsidentschaft und 20 Jahre Nachbarschaftsvertrag

Deutsch-Polnische Konferenz
Krakau, 20. Mai 2011

17 Die Polnische Ratspräsidentschaft

Veranstaltung mit dem polnischen Verteidigungsminister Bogdan Klich
Vortragsveranstaltung in Kooperation mit der European Security Foundation
Brüssel, 21. Juni 2011

AUSLANDS- UND VERBINDUNGSBÜROS DER KONRAD-ADENAUER-STIFTUNG | **LATEINAMERIKA** **1** Mexiko, Mexiko-Stadt (Auslandsbüro) **2** Kolumbien, Bogotá **3** Ecuador, Quito **4** Peru, Lima **5** Bolivien, La Paz (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Inc.) **6** Kolumbien, Bogotá **7** Ecuador, Quito **8** Peru, Lima **9** Bolivien, La Paz (Auslandsbüro und Regionalprogramm Politische Partizipation Inc.) **10** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **11** Brasilien, Brasília (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **12** Uruguay, Montevideo (Auslandsbüro und regionales Rechtsstaatsprogramm Lateinamerika Süd) **13** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **14** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **15** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **16** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **17** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **18** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **19** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **20** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **21** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **22** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **23** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **24** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **25** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **26** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **27** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **28** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **29** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **30** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **31** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **32** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **33** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **34** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **35** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **36** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **37** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **38** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **39** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **40** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **41** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **42** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **43** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **44** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **45** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **46** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **47** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **48** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **49** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **50** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **51** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **52** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **53** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **54** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **55** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **56** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **57** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **58** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **59** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **60** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **61** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **62** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **63** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **64** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **65** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **66** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **67** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **68** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **69** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **70** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **71** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **72** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **73** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **74** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm) **75** Argentinien, Buenos Aires (Auslandsbüro und Regionalprogramm)



Der politische Dialog dient dem Meinungsaustausch sowie der Friedenssicherung und schafft Voraussetzungen für eine vertrauensvolle Zusammenarbeit.

POLITISCHER DIALOG



5. NATO-INDIEN-DIALOG

Am 1. Februar 2011 veranstaltete die Konrad-Adenauer-Stiftung den 5. NATO-Indien-Dialog in Neu-Delhi. In einer ganztägigen Konferenz kamen hochrangige Vertreter aus Deutschland, der NATO und Indien mit über 130 Teilnehmern aus Politik, Diplomatie, Wissenschaft, Medien und interessiertem Fachpublikum zusammen.

Vor dem Hintergrund des im November 2010 verabschiedeten neuen Strategischen Konzeptes der NATO waren die bestimmenden Themen: die wachsende Rolle der NATO und Indiens in der globalen Sicherheitsarchitektur, die Eindämmung von Massenvernichtungswaffen, die Stabilisierung Afghanistans und Pakistans durch regionale Kooperation sowie globaler Terrorismus und Piraterie.

Der 5. NATO-Indien-Dialog ermöglichte den Teilnehmern, das neue Strategische NATO-Papier zeitnah

und intensiv mit Experten aus unterschiedlichen Perspektiven zu diskutieren. Zudem wurde ein umfangreicher Einblick in die Arbeits- und Denkweisen der NATO ermöglicht, der nicht nur zu mehr Verständnis gegenüber der NATO auf indischer Seite geführt, sondern auch Möglichkeiten und Perspektiven einer zukünftigen offiziellen Zusammenarbeit zwischen der NATO und Indien aufgezeigt hat.

Neben Botschafter Martin Erdmann, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Nordatlantikat, und Dirk Brengelmann, Beigeordneter Generalsekretär für Politische Angelegenheiten und Sicherheitspolitik der NATO, nahmen unter anderem der deutsche Botschafter in Indien, Thomas Matussek, Professor Amitabh Mattoo, ehrenamtlicher Generalsekretär am Institute of Peace and Conflict Studies (IPCS), und der ehemalige Außenstaatssekretär, Lalit Mansingh, an der Veranstaltung teil.

V.l.n.r.: Dr. Beatrice Gorawantschy, Leiterin des Auslandsbüros Indien, Botschafter Thomas Matussek, Botschafter der Bundesrepublik Deutschland in Indien, Botschafter Martin Erdmann, Ständiger Vertreter der Bundesrepublik Deutschland im Nordatlantikat, Professor Amitabh Mattoo, Honorary Director General, Institute of Peace and Conflict Studies, Lt General (a.D.) PK Singh, Director, United Service Institution of India

ISRAELISCH-JORDANISCHE KOOPERATION

Die Auslandsbüro der KAS in Israel führte Ende November 2010 gemeinsam mit ihren Partnern ACPD und dem Netanya-College einen Workshop zu regionaler Kooperation zwischen Israel und Jordanien durch.

Angesichts der angespannten Lage ist es ein beachtlicher Erfolg, dass die Konferenz stattfinden konnte: Abgesehen von der Sicherheitszusammenarbeit war dieser Workshop einer der wenigen bestehenden Kontakte zwischen Israel und Jordanien überhaupt. In positiver Atmosphäre konnten Initiativen zur Zusammenarbeit in den Bereichen erneuerbare Energien, nachhaltige Entwicklung, Klimawandel und Wasserversorgung angestoßen werden, was zeigt, dass Kooperation aufgrund gemeinsamer Interessen der richtige Ansatz ist. Allerdings ist wegen des politischen Drucks in Jordanien eine konkrete Zusam-

menarbeit nicht möglich. Dennoch entstand auf dem Workshop die Idee, die Planung kleinerer Projekte in Angriff zu nehmen, um sie dann umsetzen zu können, wenn es die politische Lage zulässt.



Teilnehmer des Workshops



Der pakistanische Außenminister Shah Mahmood Qureshi bei der Eröffnungsrede der bilateralen Konferenz

POLITISCHER DIALOG ■

KAS SCHLÄGT BRÜCKE ZWISCHEN KABUL UND ISLAMABAD

Afghanistan und Pakistan müssen ihre Zusammenarbeit verstärken und vertiefen, damit wieder Frieden und Stabilität in die Region einkehren können. Diese Erkenntnis war das Ergebnis der bilateralen Konferenz „Pakistan – Afghanistan: Towards Mutual Security, Stability and Trade“, die am 12. und 13. November 2010 von der Konrad-Adenauer-Stiftung gemeinsam mit dem Institute of Strategic Studies Islamabad (ISSI) veranstaltet wurde.

V.l.n.r.: Prof. Dr. Andreas Rödder, Professor Dr. Jean Gaul Cahn (Sorbonne-Universität, Paris), Thomas Birringer, Leiter des Regionalprogramms Golf-Staaten der KAS

Zwei Tage lang diskutierten in Islamabad rund 70 afghanische Teilnehmer aus Kabinett, Parlament, Universitäten und Medien mit ihren pakistanischen Kollegen die drei Themen Sicherheit, Stabilität und Handel. Die Konferenz wurde von der KAS konzipiert und stellte den größten, nichtstaatlichen Austausch zwischen den beiden Nachbarländern in den vergangenen zehn Jahren dar.

Der pakistanische Außenminister Shah Mahmood Qureshi eröffnete die Konferenz und würdigte in seiner Rede das Engagement der KAS. Er betonte die Wichtigkeit von Kontakten zwischen den Bevölkerungen der beiden Länder, um die unterschiedlichen Standpunkte und Auffassungen besser verstehen zu können. Vor allem der Dialog zwischen Parlamentariern beider Staaten sollte seiner Ansicht nach vertieft werden. Auch der Leiter der Delegation aus Afghanistan, Mohammad Masoom Stanekzai, Sicherheitspolitischer Berater des Präsidenten, unterstrich die positive Entwicklung der bilateralen Beziehungen in den vergangenen zwei Jahren.

Der deutsche Botschafter Dr. Michael Koch hob in seiner Rede die langjährige Freundschaft der Bundesrepublik zu beiden Staaten hervor und begrüßte die positive Entwicklung der afghanisch-pakistanischen Beziehungen. Weitere Konferenzteilnehmer waren der zukünftige afghanische Botschafter in Berlin, Prof. Dr. A. Rahman Ashraf, der pakistanische Botschafter in Kabul, Mohammad Sadiq, sowie die pakistanische Parlamentarierin und frühere Informationsministerin Sherry Rehman.



GERMAN-EUROPEAN-GLOBAL DIMENSIONEN DER DEUTSCHEN WIEDERVEREINIGUNG 20 JAHRE DANACH

Gemeinsam mit der Filiale der Pariser Sorbonne-Universität in Abu Dhabi veranstaltete das Regionalprogramm Golf-Staaten der KAS am 1. November 2010 ein Kolloquium zur europäischen und globalen Dimension der deutschen Wiedervereinigung vor 20 Jahren. Unter anderem sprachen Professor Andreas Rödder (Johannes-Gutenberg-Universität Mainz), Professor Adolf Kimmel (Universität Trier) und Professor Anne-Marie LeGloannec (Sciences Po, Paris). Abgerundet wurden die Betrachtungen durch einen Vortrag des stellvertretenden Vorsitzenden der Abu Dhabi Authority for Culture and Heritage, Dr. Zaki Nusseibeh, der die arabische Sicht auf die Ereignisse in Deutschland und ihre internationalen Auswirkungen beleuchtete.

SÜDOSTASIATISCHER INTEGRATIONSPROZESS

2011 wird der Verband Südostasiatischer Nationen (ASEAN) für ein Jahr von der indonesischen Regierung geführt. Die Präsidentschaft setzt Indonesien unter das Motto „ASEAN-Gemeinschaft in einer Weltgemeinschaft der Nationen“. Die außenpolitische Sektion des Forschungsinstituts LIPI und die Konrad-Adenauer-Stiftung boten Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft im Rahmen einer eintägigen Konferenz Ende Januar in Jakarta eine Plattform, um politik- und forschungsrelevante Fragen im Kontext des südostasiatischen Integrationsprozesses zu diskutieren. Im Zentrum der Debatte standen dabei die Fortschritte bei der Realisierung der ASEAN-Gemeinschaft bis 2015 und der Führungsanspruch Indonesiens in der südostasiatischen Regionalarchitektur.



■ POLITISCHER DIALOG

FÖRDERUNG DES TÜRKISCH-ARMENISCHEN DIALOGS

Das Auslandsbüro der KAS in Ankara hat in Zusammenarbeit mit der Organisation für Internationale Strategische Forschung (USAK) am 2. Dezember 2010 einen Expertenworkshop „The Turkish-Armenian Relations: One Year After the Protocols“ durchgeführt.



Rund 50 Experten aus der Türkei, Armenien sowie internationale Beobachter diskutierten auf einem KAS-Workshop in Ankara über den aktuellen Stand und die Perspektiven der türkisch-armenischen Beziehungen und deren Auswirkungen auf die Region.

Experten aus Armenien und der Türkei sowie einige internationale Beobachter haben in diesem Rahmen den aktuellen Stand der türkisch-armenischen Beziehungen analysiert und Wege aufgezeigt, die eine Fortsetzung des Annäherungsprozesses ermöglichen könnten.

Beide Seiten haben die positive Entwicklung der bilateralen Beziehungen hervorgehoben, die in den letzten zwei Jahren seit Unterzeichnung der Protokolle zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen und Öffnung der Grenzen stattgefunden hat. Zugleich wurde jedoch auch klar, dass trotz Vermittlungsbemühungen der USA und der EU Aussöhnung und Normalisierung des türkisch-armenischen Verhältnisses noch in weiter Ferne liegen. Als Voraussetzung für maßgebliche Verbesserungen gilt es zunächst, durch stufenweise Entspannung und Annäherung – wie in diesem Workshop – wechselseitiges Vertrauen zu schaffen.

KONSERVATIVER PARTEITAG IN KOLUMBIEN

Die Konservative Partei Kolumbiens (PCC) führte im Februar 2011, inhaltlich unterstützt durch die Konrad-Adenauer-Stiftung und deren Partnerorganisation Pensamiento Siglo XXI, einen Parteitag durch, der sich mit der ideologischen Standortbestimmung der Partei befasste. Fast 300 Delegierte diskutierten verschiedene Problemstellungen mit einer Reihe auch partei-externer Referenten. Der Leiter des Auslandsbüros der KAS in Kolumbien, Stefan Jost, hielt eines der beiden Einführungsreferate zur Frage der aktuellen ideologischen Debatte und deren Konsequenzen für die Partei. Diese Veranstaltung soll in einen Programmkongress münden, in dem die Haltungen der Partei zu den aktuellen Sachfragen kolumbianischer Politik definiert werden sollen. Besonderer Gast war Staatspräsident Juan Manuel Santos, der dem Parteitag die Politik der Regierungskoalition der „Nationalen Einheit“ – die PCC ist einer der beiden größten Koalitionspartner – darlegte und sich auch kritischen Fragen stellte.

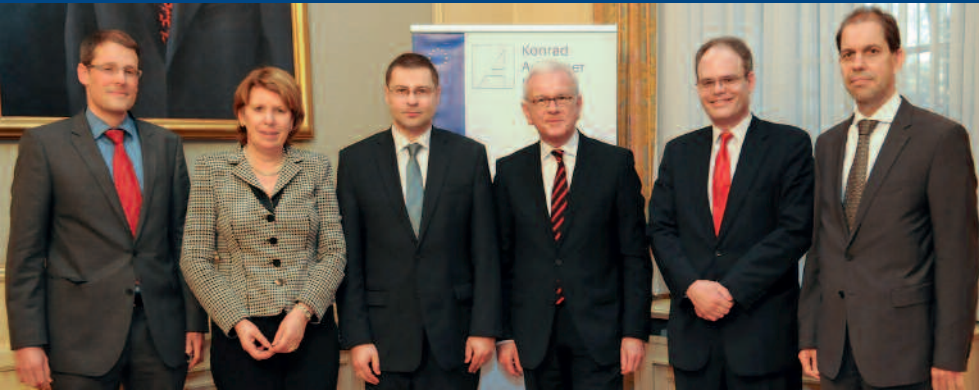
V.l.n.r.: Academia-Präsident Carlos Martínez Simahan, Vize-Präsident des Senats Carlos Ramiro Chavarro Cuellar, Präsident der Abgeordnetenkammer Carlos Alberto Zuluaga Diaz, Staatspräsident Juan Manuel Santos, Parteipräsident José Dario Salazar Cruz, Präsident der Pensamiento Siglo XXI Jaime Arias Ramirez und der Leiter des Auslandsbüros der KAS in Kolumbien, Stefan Jost

Sachsens Ministerpräsident Tillich zu Gast in den Vereinigten Arabischen Emiraten

Auf seiner Reise in die Vereinigten Arabischen Emirate folgte der sächsische Ministerpräsident Stanislaw Tillich im November 2010 der Einladung des Regionalprogramms Golf-Staaten zu einem Gedankenaustausch mit verschiedenen Partnern der KAS. Vor Vertretern von Think-Tanks, Hochschulen, wirtschaftspolitischen Institutionen und Medien sprach er sich für eine stärkere wirtschaftliche und bildungspolitische Zusammenarbeit beider Regionen aus. Dank des umfangreichen Netzwerkes der KAS erhielten die sächsischen Gäste einen guten Einblick in Politik und Gesellschaft der Emirate.



Ministerpräsident Tillich im Gespräch mit dem deutschen Botschafter Klaus-Peter Brandes und Thomas Birringer, Leiter des KAS-Regionalbüros Golf-Staaten



V.r.n.l.: Dr. Gerhard Wahlers, Stellv. Generalsekretär der KAS, Johannes Laitenberger, Kabinettschef von Kommissionspräsident José Manuel Barroso, Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Präsident des Europäischen Parlaments a.D. und Vorsitzender der KAS, Valdis Dombrovskis, Ministerpräsident der Republik Lettland, Corien Wortmann-Kool MdEP, Stellv. Vorsitzende der EVP-Fraktion im Europäischen Parlament, Wolfgang Landmesser, WDR/NDR-Hörfunkstudio Brüssel

WIRTSCHAFTS- UND SOZIALORDNUNG ■

EUROPÄISCHE UND GLOBALE ORDNUNGSPOLITIK NACH DER FINANZMARKTKRISE

Die Finanzmarktkrise hat gezeigt, dass ordnungspolitische Grundsätze nicht aufgeweicht werden dürfen. In Europa steht das Ordnungsmodell der Sozialen Marktwirtschaft – in unterschiedlichen Ausprägungen – seit Ende des Zweiten Weltkriegs als Grundlage für hohes Wachstum und Beschäftigung und damit für Wohlstand und politische sowie soziale Stabilität. Auf Basis der „Leitlinien für Wohlstand, soziale Gerechtigkeit und nachhaltiges Wirtschaften“ zielt die KAS darauf, in der EU eine ordnungspolitische Diskussion anzuregen und weltweit Verbündete für das Gesellschaftsmodell der Sozialen Marktwirtschaft zu gewinnen.

Der Dialog zur Sozialen Marktwirtschaft stand im Mittelpunkt einer internationalen Konferenz der KAS zum Thema „Europäische und globale Ordnungspolitik nach der Finanzmarktkrise“ – ausgerichtet vom 8. bis 10. Februar 2011 in Brüssel. Ziel war es, mit Auslandsmitarbeitern der KAS sowie externen Referenten aus Wissenschaft und Politik Erfahrungen auszutauschen und neue Impulse für den weltweiten ordnungspolitischen Dialog nach der Finanzmarktkrise zu geben.

Den Auftakt bildete eine abendliche Podiumsdiskussion mit Begrüßung durch Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Präsident des Europäischen Parlaments a.D. und Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung. Daran schloss sich ein Vortrag von Valdis Dombrovskis, Premierminister der Republik Lettland, der auf Einladung der KAS nach Brüssel gekommen war, an. Es kommentierten Corien Wortmann-Kool MdEP, Stellvertretende Vorsitzende der Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, und Johannes Laitenberger, Kabinettschef von Kommissionspräsident José Manuel Barroso. Im Mittelpunkt der anschließenden ganztägigen Fachkonferenz stand der Erfahrungsaustausch mit externen Experten zum Wettbewerb der Wirtschaftssysteme, zu Entwicklungspfaden der Schwellenländer sowie zum Dialog mit wertebasierten Wirtschaftsmodellen insbesondere islamisch geprägter Länder. Die Konferenz wurde durch ein Strategiegespräch zwischen Mitarbeitern der KAS aus Mexiko, Guatemala, Nigeria, Südafrika, China, Malaysia, Tschechien und Lettland sowie der Regionalprogramme Golfstaaten, Politikdialog Asien und Soziale Ordnungspolitik Lateinamerika abgerundet.

+ + + KURZMELDUNGEN + + +

Wirtschaftsforum in Malawi: Bedeutung des öffentlichen Dienstes

Bei der Veranstaltung der Konrad-Adenauer-Stiftung, des Malawi Economic Justice Network und der Economics Association of Malawi Mitte November 2010 in Blantyre, dem wirtschaftlichen Zentrum des Landes, betonte Hauptredner Prof. Dr. Blessings Chinsinga (s. Foto) vom Chancellor College, die Bedeutung eines qualifizierten und effizienten öffentlichen Dienstes für die wirtschaftliche Entwicklung. Chinsinga stellte fest, dass in Malawi die erfahrenen Kräfte den öffentlichen Dienst verließen und zugleich nicht genügend qualifizierte junge Leute bereit seien, dort tätig zu werden. Die Besetzung öffentlicher Ämter erfolge nicht in erster Linie nach Qualifikation, sondern sei stark politisiert. Hinzu komme, dass es an zielgerichteter, systematischer Führung mangle, da die nationale Politik häufig von Gebern und internationalen Institutionen beeinflusst werde.



Im Zeichen wirtschaftspolitischer Aktualität: Deutsch-Französischer Dialog in Bordeaux

Mitte Januar 2011 fand der 6. Deutsch-Französische Dialog der KAS zum Thema „Die europäische Wirtschaft und die Globalisierung. Herausforderungen zum Jahresbeginn 2011“ statt. Zu den Referenten zählten Erich Fritz MdB, Alain Lamassoure MdEP sowie Wirtschaftswissenschaftler und Unternehmer aus Deutschland und Frankreich. Vor dem Hintergrund der in Europa noch nicht überwundenen Wirtschafts- und Finanzkrise und der in diesem Jahr begonnenen G8- sowie G20-Präsidentschaft Frankreichs beleuchteten die Experten die Herausforderungen der Globalisierung für die europäische Wirtschaft aus deutsch-französischer Sicht. Die dabei behandelten Themen bezogen sich auf die europäischen Positionen in der G8 und der G20, die Auswirkungen der globalen Währungsungleichgewichte auf den Euro sowie die Chancen für eine europäische Wirtschafts- und Haushaltspolitik.



Bischof Yohanna Qoulta, Prof. Kamal el-Menoufy und Scheich Mahmoud Ashour (v.l.) diskutierten das Verhältnis von Staat und Religion in Ägypten.

ELFTES NAHOSTGESPRÄCH

„CHRISTEN IM NAHEN OSTEN. ZWISCHEN TRADITION, VERFOLGUNG UND AUFBRUCH“

Der Nahe Osten ist im Wandel. Was bedeutet dies für die Christen in der Region? Zu den Teilnehmern am 11. Mülheimer Nahostgespräch der Konrad-Adenauer-Stiftung und der Katholischen Akademie Mülheim „Die Wolfsburg“ im November 2010 gehörten Professor Fouad Ibrahim (unten rechts im Bild) und der koptische Priester Boulos Shehata (unten links im Bild), der das Koptentum in Ägypten vorstellte. In vielen Ländern ist die Religionsfreiheit massiv eingeschränkt oder der christliche Glaube darf nicht öffentlich gelebt werden. Ein Exodus der Christen ist oft die Folge. Vertreter von Regierung und Politik machten deutlich, dass abgestimmtes europäisches Handeln notwendig ist, um die Lage der Religionsfreiheit im Nahen Osten zu verbessern.



SÄKULARER STAAT UND STAATSBÜRGERRECHTE IN ÄGYPTEN

Das Jahr 2010 war in Ägypten geprägt von zunehmenden Spannungen zwischen der muslimischen Bevölkerungsmehrheit und der christlichen Minderheit im Land. Viele Beobachter sehen als Ursache dieser Entwicklung die gesellschaftliche Islamisierung und eine fehlende Trennung von Kirche und Staat. Gleichzeitig wird die Idee des Säkularismus in Ägypten aber oft als „Religionsfeindlichkeit“ missverstanden. Das Auslandsbüro der KAS in Ägypten lud daher zusammen mit dem Center for Political Research and Studies jeweils einen prominenten Vertreter der christlichen und der muslimischen Glaubensgemeinschaft Anfang November zur politischen Debatte ein. Die Veranstaltung zeigte die verbreitete Skepsis gegenüber falsch verstandenen Säkularismus-Vorstellungen. Sie machte aber auch viel Zustimmung zur Idee des mündigen Bürgers und zum interreligiösen Ausgleich deutlich.



Religion und politische Kultur: Ost trifft West, Zukunftsfragen, Band 1

Religione e cultura politica: l'Est incontra l'Ovest, I quesiti del futuro, vol. 1

Markus Krienke, Wilhelm Staudacher (Hrsg./edd.), Rom 2010, auf Deutsch und Italienisch

INFORMATIONSBESUCH AUS DEM BISTUM AACHEN BEI DER KAS IN BOGOTÁ

Eine Delegation des Bistums Aachen unter Leitung des Bischofs und stellvertretenden Vorsitzenden der Deutschen Bischofskonferenz, Dr. Heinrich Mussinghoff, besuchte das Büro der Konrad-Adenauer-Stiftung in Bogotá zu einem angeregten und ausführlichen Meinungsaustausch. Neben einer Vorstellung der verschiedenen Themenschwerpunkte der Arbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung standen im Mittelpunkt des Gesprächs mit dem Leiter des Auslandsbüros in Kolumbien, Stefan Jost, die Reformpolitik der Regierung Santos, die Aussichten für einen Friedensprozess in Kolumbien und die Einschätzung der künftigen Entwicklung des Landes.



V.l.n.r.: Stefan Jost, Alexius Puls, Bischof Dr. Mussinghoff, Pater Dr. Stefan Dückers, Thomas Hoogen.

Das Bistum Aachen ist unter den deutschen Bistümern für die Partnerschaft mit Kolumbien zuständig. Bischof Mussinghoff wurde begleitet von dem Beauftragten für die Kolumbienpartnerschaft, Pater Dr. Stefan Dückers, dem Referenten für weltkirchliche Aufgaben, Thomas Hoogen, und dem bischöflichen Sekretär, Domvikar Alexius Puls.



V.l.n.r.: Jewstratij Sorja (Ukrainisch-Orthodoxe Kirche, Kiewer Patriarchat), Markijan Trofimjak (Ukrainische Griechisch-Katholische Kirche), Olexandr Sajez (Institut für Religionsfreiheit), Anna Hermann (Präsidialamt), Nico Lange (KAS), Ljubomyr Husar (Griechisch-Katholische Kirche), Mitrofan Jurtschuk (Ukrainisch-Orthodoxe Kirche, Moskauer Patriarchat)

GEMEINSAME ERKLÄRUNG IN KIEW

Vertreter der Orthodoxen Kirchen des Kiewer und des Moskauer Patriarchats, der autokephalen Kirche, der griechisch-katholischen und der römisch-katholischen Kirchen sowie der jüdischen Gemeinschaft kamen im Dezember 2010 zu einem runden Tisch der KAS in Kiew zusammen. Die Teilnehmer der Veranstaltung verabschiedeten eine gemeinsame Erklärung, in der sie die ukrainische Administration dazu aufriefen, die jahrhundertalte, multikonfessionelle Tradition der Ukraine zu achten und Rahmenbedingungen für ein friedliches Miteinander der großen Kirchen des Landes zu erhalten. Nach Amtsantritt des Präsidenten Janukowytsch im Frühjahr 2010 hatte die neue Administration durch eine einseitige Politik interkonfessionelle Spannungen hervorgerufen.

Plädoyer für den interreligiösen Dialog

Ein Plädoyer für den interreligiösen Dialog fand am 14. und 15. Dezember 2010 im Büro der KAS in Dakar (Senegal) statt. Im Rahmen eines internationalen Kolloquiums wurden Fallstudien diskutiert, in denen das Zusammenleben der Religionen mehr oder weniger gut funktioniert: Elfenbeinküste, Israel, Senegal, Kamerun, Mali. Die Referenten scheuten auch vor „heißen Eisen“ nicht zurück wie beispielsweise dem Verbot eines Kirchenbaus in einer muslimischen Stadt oder der Instrumentalisierung von Religion zu politischen Zwecken. In vier Workshops wurden Strategien erarbeitet, wie Gläubige der vertretenen Religionen (Judaismus, Christentum, Islam, afrikanische Religionen) wachsam auf bestehende oder entstehende Spannungen reagieren können, um religiöse Konflikte zu verhindern.

Der apostolische Nuntius von Dakar, Monsignore Louis Mariano Montemayor (li.), und Professor Paul Fenton, Universität Sorbonne Paris und Universität Jerusalem, der auch gleichzeitig Rabbiner ist (re.)



FREIHEIT ALS GRUNDWERT IN WEISSRUSSLAND

Alexander Milinkiewitsch, Vorsitzender der Bewegung „Für die Freiheit“ und prominentester Vertreter der demokratischen Opposition in Weißrussland (s. Foto), hat in Berlin für eine kraftvolle Unterstützung der demokratischen Kräfte und der Zivilgesellschaft in Weißrussland geworben. Im „Kampf gegen die Diktatur“ forderte er ein entschiedenes Vorgehen der westlichen Staatengemeinschaft. Der Europagedanke hat in Weißrussland



eine unverändert starke Anziehungskraft. Die Überwindung der Diktatur werde über den Dialog mit Europa zu gewinnen sein, auch wenn das Regime derzeit alles tun würde, Kontakte nach Europa zu verhindern. Der stellvertretende Vorsitzende der CDU/CSU-Fraktion im Deutschen Bundestag, Arnold Vaatz, betonte, dass die Kontakte der Zivilbevölkerung zwischen Weißrussland und Europa in dieser Situation verstärkt werden müssten. Letztlich könne somit das Regime zur Resignation gezwungen werden. Allerdings sei es in Weißrussland dringend erforderlich, dass die demokratische Opposition sich auf gemeinsame Ziele einige und geschlossen auftrete.

Der Vorsitzende der Konrad-Adenauer-Stiftung und Präsident des Europäischen Parlaments a.D., Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, hatte in seiner Begrüßung von der Verpflichtung gesprochen, politisch verfolgten Demokraten ideelle und materielle Hilfe zukommen zu lassen. Die KAS werde dies sowohl durch die Unterstützung der Gefangenen, deren Familien und ihren Anwälten leisten als auch durch die weitere intensive Zusammenarbeit mit der demokratischen Opposition in Weißrussland durch das Länderbüro. Nichts würde soviel Kraft entfalten, wie der Wunsch nach Freiheit.

Eine geeignete Klimapolitik muss Umweltschutz, Energieversorgung und Wirtschaftswachstum intelligent miteinander verbinden.

■ UMWELT, KLIMA UND ENERGIE

UMWELTSCHUTZ UND WIRTSCHAFTSWACHSTUM

KOHÄRENTE ORDNUNGSPOLITIK ZWISCHEN NATIONALEN UND INTERNATIONALEN MÖGLICHKEITEN

Umweltschutz ist ein drängendes politisches Handlungsfeld der heutigen Zeit. Kaum ein Tag vergeht, an dem keine wissenschaftliche Studien oder Presseberichte über die Bedrohungen und die schon heute sichtbaren Folgen des vielleicht größten Umweltproblems, den Klimawandel, informieren. Die Politik hat die Aufgabe, kohärente internationale und nationale ordnungspolitische Rahmenbedingungen zu schaffen, damit diesen gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Herausforderungen begegnet werden kann. Zu diesem



V.l.n.r.: Dr. Kurt Christian Scheel (BDI), Thomas Bareiß MdB (Vorsitzender der Energiekoordinationsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion), Franz Lamprecht (Stv. Chefredakteur Energiewirtschaftliche Tagesfragen „et“), Ursula Heinen-Esser MdB (Parlamentarische Staatssekretärin BMU), Dr. Christian Hey (Generalsekretär des Sachverständigenrats für Umweltfragen der Bundesregierung)

Zweck trafen sich am 24. Januar 2011 in Berlin Experten aus Politik und Wissenschaft. Staatssekretärin Ursula Heinen-Esser resümierte dabei über die Erfolge der Internationalen Umweltschutzkonferenzen aus dem Jahr 2010, darunter die Klimaverhandlungen in Cancún und die Biodiversitätsverhandlungen in Nagoya. Der Vorsitzende der Energiekoordinationsgruppe der CDU/CSU-Bundestagsfraktion, Thomas Bareiß MdB, berichtete indes über das deutsche Energiekonzept, das weltweit einmalige Ziele für den Umstieg auf eine nachhaltige Energieversorgung formuliert.



Juraprofessoren und -studenten aus China und Deutschland, Energierechtsexperten und die Vertreter der Konrad-Adenauer-Stiftung Shanghai

KONFERENZ

UMWELT- UND ENERGIERECHT IM DEUTSCH-CHINESISCHEN VERGLEICH IN NANJING

Vom 24. bis 25. Februar 2011 organisierte die Konrad-Adenauer-Stiftung Shanghai zusammen mit ihrem Partner, dem Deutsch-Chinesischen Institut für Rechtswissenschaften, eine internationale Fachkonferenz zum wissenschaftlichen Austausch in den Bereichen Energie- und Umweltrecht in Nanjing. Professoren, Wissenschaftler und Studenten aus Deutschland und China präsentierten die gesetzlichen Regelungen, mit deren Hilfe die beiden Länder sich bemühen, den Ausstoß von Treibhausgasen zu verringern und gleichzeitig eine verlässliche Energieversorgung für Industrie und Bevölkerung sicherzustellen. Sie diskutierten Vor- und Nachteile der aktuellen Gesetzgebung der beiden Länder und suchten nach Anknüpfungspunkten, um aus den Erfahrungen des jeweils anderen Staates zu lernen. Über den rechtswissenschaftlichen Dialog hinaus konnten die politischen Erfordernisse für einen effizienten Umbau des chinesischen Energiesektors herausgearbeitet werden. Dazu zählen vor allem eine verstärkte Nutzung von Marktmechanismen sowie eine Beschränkung des Einflusses der staatlichen Energiekonzerne.

+ + + KURZMELDUNG + + +

Dialogprogramm „Umwelt- und Klimaschutz“

Zusammen mit der neuen Partnerorganisation der Stiftung in Chile, dem Centro Democracia y Comunidad (CDC), dem langjährigen Kooperationspartner Cooperación Ambiental del Sur (CAS) sowie der UN-Wirtschaftskommission für Lateinamerika (CEPAL) hat das Auslandsbüro der KAS in Santiago de Chile am 21. Dezember 2010 im Rahmen des Dialogprogramms des BMZ zum Thema „Umwelt- und Klimaschutz“ ein halbtägiges Seminar organisiert, um die Ergebnisse des jüngsten UN-Klimagipfels Anfang Dezember in Cancún sowie die Auswirkungen auf Chile zu analysieren. Den Hauptvortrag der Veranstaltung hielt die chilenische Umweltministerin María Ignacia Benítez (s. Foto), gefolgt von einem Expertenpanel mit Vertretern aus Politik, Wissenschaft und Zivilgesellschaft.



Mit Projekten in über 100 Ländern engagiert sich die KAS weltweit für Frieden, Freiheit und Gerechtigkeit.

NEUIGKEITEN AUS DER EUROPÄISCHEN UND INTERNATIONALEN ZUSAMMENARBEIT ■

NAMEN UND GESICHTER:



STEFAN REITH

- Leitet seit Januar 2011 das Auslandsbüro der KAS in Tansania
- War vorher Referent des Generalsekretärs und stellv. Leiter des Vorstandsbüros
- Kontakt: stefan.reith@kas.de



THOMAS AWE

- Hat zum 1. März 2011 die Leitung des Auslandsbüros der KAS in Peking übernommen
- War bis Dezember 2010 Leiter des Auslandsbüros der KAS in Shanghai
- Kontakt: beijing@kas.de



MARIA ZANDT

- Ist seit Januar 2011 Trainee im Regionalprogramm Politischer Dialog Westafrika mit Sitz in Benin
- War zuletzt Juniorberaterin bei der OECD im Bereich Good Governance
- Kontakt: maria.zandt@kas.de



DR. MARCO ARNDT

- Leitet seit März 2011 das Auslandsbüro der KAS in Bulgarien
- Hatte von 2004 bis 2010 die Leitung des Bildungswerkes Dortmund inne
- Kontakt: marco.arndt@kas.de



DR. NORBERT WAGNER

- Leitet seit dem 14. März 2011 das Auslandsbüro der KAS in Frankreich
- Zuvor hat er das Büro der KAS in den USA geleitet
- Kontakt: norbert.wagner@kas.de



KATJA CHRISTINA PLATE

- Übernimmt zum 1. April 2011 das Auslandsbüro der KAS in Italien
- War bisher Leiterin des Regionalprogramms Politischer Dialog Südkaukasus
- Kontakt: katja.plate@kas.de

MITARBEITERKONFERENZ ASIEN IN NEU DELHI

Rund 30 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Teams Asien und Pazifik der Konrad-Adenauer-Stiftung, Vertreter aus dem Bundesministerium für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung (BMZ) und dem Bundeskanzleramt nahmen an einer einwöchigen Mitarbeiterkonferenz mit dem Titel

„Verlieren wir den Anschluss? Die Rolle und Bedeutung von Deutschland und Europa in Asien“ in Neu Delhi teil, um über die Entwicklungen und Herausforderungen der asiatisch-pazifischen Region und die zukünftige Arbeit der KAS-Büros vor Ort zu diskutieren.

Eröffnet wurde die Mitarbeiterkonferenz am 27. Februar 2011 durch Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP, Vorsitzender der Konrad-Adenauer-Stiftung und Präsident des Europäischen Parlaments a. D., und Dr. Gerhard Wahlers, Stellvertretender Generalsekretär. Hans-Gert Pöttering hielt im weiteren Verlauf der Konferenz einen Vortrag zum Thema „Europe as a Global Player – Challenges for the European Foreign Policy“. An der Konferenz nahmen alle Partnerorganisationen der KAS in Indien sowie 250 hochrangige Gäste aus Politik, Diplomatie, Wirtschaft, Wissenschaft und Medien teil.

Der Vorsitzende der KAS traf zudem in Gesprächen mit Pratibha Patil, Staatspräsidentin der Republik Indien, Dr. Meira Kumar, Parlamentspräsidentin (Speaker of the Lok Sabha), Pallam Raju, Staatsminister für Verteidigung, sowie Shiv Shankar Menon, dem Nationalen Sicherheitsberater (National Security Advisor) der indischen Regierung, zusammen.



Dr. Hans-Gert Pöttering MdEP im Gespräch mit Pratibha Patil, Staatspräsidentin der Republik Indien



AUSGEWÄHLTE NEUERSCHEINUNGEN

AUS DER HAUPTABTEILUNG **EUROPÄISCHE UND INTERNATIONALE ZUSAMMENARBEIT**



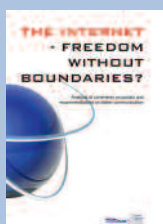
GUTE REGIERUNGSFÜHRUNG

Die Broschüre erläutert die Bedeutung von Dezentralisierung und lokaler Selbstverwaltung in der Entwicklungszusammenarbeit. Zudem stellt sie anhand von Best-Practice-Beispielen aus der Projektarbeit der KAS zehn ausgewählte Länder in Asien, Afrika und Lateinamerika vor, in denen die zentrale Bedeutung von lokaler Selbstverwaltung als unverzichtbares Element jeder Demokratisierung und Ausdruck eines subsidiären Gesellschaftsverständnisses deutlich wird.



AFRIKAS II

Die neue Ausgabe von „AfriKAS“ enthält aktuelle Beiträge zu den Sachthemen: Klimawandel, Afrikanische Union, Konfliktprävention, mobile Medien und aktuelle Trends der internationalen Entwicklungspolitik. Im zweiten Teil finden sich Kurzberichte unserer Auslandsbüros, die wichtige politische, wirtschaftliche und gesellschaftliche Entwicklungen und Ereignisse in zwanzig afrikanischen Ländern darstellen.



THE INTERNET – FREEDOM WITHOUT BOUNDARIES?

In dieser Publikation präsentiert die KAS gemeinsam mit dem Medienplan-Institut die Ergebnisse einer Studie und eines Workshops über die Trends und die Inhalte in den Diskussionsforen der bekanntesten Web-Nachrichtenportale in Bosnien und Herzegowina. Sie enthält auch Empfehlungen, wie insbesondere durch Maßnahmen der journalistischen Selbstregulation „Freiheit in Verantwortung“ im Netz besser zum Tragen kommt.



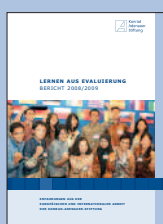
„REALITY CHECK“ – ZUSTAND DER MEHRPARTEIENDEMOKRATIE IN UGANDA KURZ VOR DEN WAHLEN

Im Februar fanden in Uganda Parlaments- und Präsidentschaftswahlen statt. Yoweri Museveni bleibt für weitere fünf Jahre Ugandas Präsident und kann damit seine Amtszeit auf insgesamt dreißig Jahre ausweiten. Die englischsprachige Publikation „Reality Check“ des Länderbüros der KAS in Uganda widmet sich mit einer Sammlung von Expertenbeiträgen der Frage nach dem aktuellen Zustand der Mehrparteiendemokratie in Uganda.



DEMOCRACIA CRISTIANA – CULTURA POLITICA Y GOBERNANZA

Die Beiträge der Publikation von Felipe Gaytán Alcalá beschreiben den Einfluss christdemokratischer Werte auf die politische Kultur Mexikos anhand der Analyse der Wahlergebnisse und der Spannung und Umbrüche, die sich durch die Einbindung der ethisch-politischen Dimension dieser Werte in die Regierungsführung ergeben.



LERNEN AUS EVALUIERUNG

Zum zweiten Mal nach 2008 legt die Stabsstelle Evaluierung der Hauptabteilung Europäische und Internationale Zusammenarbeit der Konrad-Adenauer-Stiftung die Broschüre „Lernen aus Evaluierung“ vor. Sie präsentiert damit dem Fachpublikum sowie der interessierten Öffentlichkeit die wichtigsten Ergebnisse und Empfehlungen der Evaluierungen der internationalen Projektarbeit der Jahre 2008 und 2009.